

Sylke Nissen (Hrsg.): Kriminalität und Sicherheitspolitik.
Analysen aus London, Paris, Berlin und New York, Öpladen
(Leske + Budrich) 2003, 136 S., € 16.90

„Sozialpolitik und Polizei in New York, London, Paris und Berlin. Ein neuer Sicherheitsmix in Metropolen?“ So lautete der Titel einer Ad-hoc-Gruppe auf dem 31. Kongress für Soziologie im Jahre 2002 in Leipzig, der von der Herausgeberin dieses Sammelbandes organisiert wurde und dessen Beiträge den Kern des Buches ausmachen. Der Arbeitsgruppentitel deutet die übergeordnete Perspektive an: es geht um die viel diskutierte Tendenz der zunehmenden Ersetzung sozialer Interpretationen von Kriminalität und sozialpolitischer Präventions- und Reaktionsformen durch repressive Reaktionen, situationspräventive und andere an der Oberfläche ansetzende Sicherheitsstrategien.

Janet Foster vom Institut für Soziologie an der London School of Economics befasst sich mit „Kriminalität und Strafverfolgung in London“. Die Autorin behandelt dabei verschiedene miteinander zusammenspielende Aspekte: veränderte politische Entscheidungsstrukturen in der Londoner Verwaltung (hin zu mehr lokaler Autonomie), die Labour-Politik des „hart gegen Kriminalität und hart gegen die Ursachen von Kriminalität“, den Stephen Lawrence-Skandal und eine sich daran anschließende *moral panic* zum Thema Straßenraub. Die Grundbotschaften ihrer Situationsbeschreibung lauten: Die Toleranz in der Gesellschaft gegenüber Kriminalität schwindet; die Politik profiliert sich zunehmend über eine Law and Order – Politik des *tough on crime*; bei den kriminalpräventiven Bemühungen wird primär auf Maßnahmen der situativen Kriminalprävention, insbesondere die Videoüberwachung, gesetzt; es gibt zwar auch Programme zur Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität: „*partnerships*, Armutsbekämpfungs- und Anti-Exklusionsprogramme“, diesen mangelt es aber an den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit. Das Hauptinteresse der Autorin gilt dabei dem Kriminalitätsdiskurs. Es wird beschrieben, wie der anfänglich polizeikritische massenmediale Diskurs um den Fall Stephen Lawrence durch eine „moralische Panik“ über den Anstieg der Straßenraubkriminalität die Themen Misstrauen in die Polizei und institutioneller Rassismus in der Polizei

zugunsten der Forderung nach einer konsequenter durchgreifenden Polizei und Justiz verdrängt hat. Als Alternative zum repressiven und situationspräventiven Umgang mit Sicherheitsproblemen schwebt der Autorin eine Art kommunaler Kriminalprävention mit sozialpolitischer Ausrichtung vor. Solche Ansätze würden in Großbritannien bisher aber an der zentralistischen Ausrichtung von nationalen Sicherheitsprogrammen und an fehlenden Vorkehrungen der effektiven Verantwortlichmachung der Polizei auf lokaler Ebene scheitern.

Sophie Body-Gendrot vom Department of English and American Studies an der Sorbon in Paris hat ihrem Beitrag den Titel „Von sozialer Prävention zu kompromissloser Strafanwendung: Paris und seine Peripherie“ gegeben. Bezugnehmend auf das Konzept der *global city* beschreibt die Autorin die Pariser Besonderheiten als „sanfte“ *global city*. Zwar sei Paris durch eine traditionell starke Orientierung am Wohlfahrtsstaatsmodell, weniger extreme Einkommensunterschiede und eine für Metropolen ungewöhnliche soziale Durchmischung des Stadtzentrums gekennzeichnet, gleichwohl habe aber ab Ende der 1990er Jahre ein Wandel eingesetzt, der durch zunehmende Sorge um die Kriminalitätsentwicklung und eine Abkehr auch der Linken von der Politik der sozialen Prävention zu einer Politik der kompromisslosen Strafverfolgung gekennzeichnet sei. Betroffen davon seien speziell die Bewohner solcher Randbezirke (*banlieue*), in denen überwiegend ausgegrenzte und chancenlose Migrantengruppen lebten. Männliche arbeits- und beschäftigungslose Jugendliche postkolonialer Abstammung, die überwiegend in diesen Bezirken wohnen, seien das moderne Bedrohungsstereotyp. Diese Personengruppe in Schach und an den zugewiesenen Orten zu halten, sei eine zentrale Zielsetzung der polizeilichen Sicherheitspolitik. Auf diese Weise würden die (symbolischen) Sicherheitsinteressen der Bewohner der besseren Stadtviertel bedient. Die massiven Sicherheitsprobleme in den Randbezirken, deren Bewohner nicht nur Täter sondern vor allem auch Opfer von Gewalt und Kriminalität seien, blieben trotz vielfältiger Programme ungelöst. Zwar gäbe es vielfältige Programme zur Verbesserung der Situation, diese würden aber daran scheitern, dass auf beiden Seiten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen Organen wie der Polizei fehle. Der Aufsatz schließt mit markigen Aussagen: „Durch den Fokus auf Risiken und gefährliche Klassen, hat sich jener politische Diskurs wieder selbst legitimiert, der auf kompromisslose Strafanwendung setzt. ... Soziale Präventionsmaßnahmen, die bei den Ursachen von Kriminalität ansetzen und vor zwanzig Jahren implementiert wurden, geraten in Vergessenheit.“ (S. 66) Gleichzeitig wird an anderer Stelle des Aufsatzes aber davon berichtet, dass erst im Jahre 2000 ein „Sicherheitskontrakt“ zwischen der Polizei und anderen Akteuren für Paris geschlossen wurde und dass dieser Kontrakt „die sozialen Ursachen von Kriminalität und Unsicherheit [betont] und 103 Empfehlungen auflistet. 209 Gebiete mit 5.000 bis 15.000 Einwohnern kommen nun in den Ge-

nuss von Kontaktbereichsbeamten, die abends und an den Wochenenden auf den Straßen sind. Diese Gebiete profitieren auch von ‚Mediatoren‘, quasi Mentoren der Gemeinde, die selbst aus Problemgruppen stammen und sich um Präventionsmaßnahmen kümmern“ (S. 55). Zwar wird anschließend auch erwähnt, woran diese Maßnahmen kranken, trotzdem scheinen sie mir doch ein Hinweis darauf zu sein, dass die vorgenommenen Charakterisierungen möglicherweise etwas zu pauschal sind.

Es folgt ein Beitrag von *Volker Eick*, Diplom-Politologe vom John-F.-Kennedy-Institut der FU Berlin, zum Thema: „Polizieren in Berlin im 21. Jahrhundert“. Eick vertritt die These, dass die Entwicklung Berlins zum Zentrum der Republik wesentlich mithilfe von Sicherheitsdiskursen und -praxen geschehe, die von einer neuen Form von „Sicherheitsfamilie“ getragen werde, die neben staatlichen zunehmend auch kommerzielle und zivilgesellschaftliche Akteure mit einbinde. Dabei werde der wachsenden Armut statt mit der Beseitigung von Armut mit der Beseitigung der Armen begegnet. Besonders interessant an diesem Aufsatz fand ich die Beschreibung des in Berlin in erheblicher Zahl praktizierten und noch wenig diskutierten Einsatzes von ABM-Kräften und Sozialhilfeempfängern durch gemeinnützige Trägervereine für „Sauberkeits-, Ordnungs-, Kontroll- und Sicherheitsdienstleistungen“ und die Beschreibung der Verquickung zwischen diesen Akteuren, kommerziellen Sicherheitsdiensten und den staatlichen Akteuren. Ob man allerdings sämtliche Aktivitäten, insbesondere auch der Akteure aus dem Non-Profit-Sektor, als Maßnahmen der Verdrängung und Kontrolle der Armen fassen kann bzw. sollte, möchte ich in Frage stellen. Ist, wie auf Seite 86 vertreten wird, die Kontrolle von Hundehaltern, durch deren unangeleinte Hunde sich Mütter mit Kleinkindern in einem Park bedroht fühlen, dadurch eine Maßnahme zur Verdrängung von Randgruppen, dass diese Hundehalter überwiegend Obdachlose, Punks etc. sind? Ist der Einsatz von ABM-Kräften aus dem Milieu zwecks Konfliktschlichtung tatsächlich nur Ausgrenzung, die unter dem Deckmantel der Integration segelt?

Peter Marcuse, Stadtplanungswissenschaftler von der Columbia Universität New York, schreibt anschließend über die „Manipulation der Kriminalitätsangst – Anti-Terrorismus als Verlagerung der Unsicherheit nach dem 11. September“. Seine zentrale These lautet, dass der Anti-Terrorismus in der Folge des 11. September den Boden bereitet habe, um z.B. in New York Kriminalitätskontrolle mit ihren altbekannten Zielsetzungen noch radikaler in einer Weise zu betreiben, die von konservativen Kreisen schon vorher im Ansatz betrieben wurde, z.B. um die Innenstädte für die Mittelschichten wieder attraktiver zu machen, um die Opposition der unterdrückten Gruppen in der Gesellschaft zu ersticken, um den öffentlichen Raum gegen Formen der politischen Nutzung und gegen die Nutzung durch die „unteren Klassen“ abzuschotten, zur Verdrängung der tiefen sozialen und ökonomischen Unsicherheiten etc. Diese These illustriert Marcuse, indem er verschiedene Entwicklungslinien beschreibt: die Legalisierung von Restriktio-

nen bürgerlicher Freiheitsrechte im Bereich der politischen Artikulation, die Strategie des *zero-tolerance-policing*, zunehmende technische Überwachungsmaßnahmen, *gated communities*, Privatisierung öffentlicher Räume, Ghettoisierung etc. Letztlich geht es ihm um die Aufklärung über die „Bedrohungen des friedlichen und demokratischen Lebens in einer zivilisierten Gesellschaft“, die von den Maßnahmen gegen Kriminalität und Terrorismus ausgehen.

Die Herausgeberin (Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Johan Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main) schließt den Sammelband mit einem Aufsatz zum Thema: „Vom Nutzen des Kriminalitätsschadens oder: Verbrechen zahlt sich aus“ ab. Im Kern geht es dabei um die zweckrationale Nutzung/Ausbeutung des Kriminalitätsthemas durch interessierte Akteure z.B. in der Sicherheitsindustrie (zwecks Profiterwirtschaftung), in Organisationen wie der Polizei (zwecks Erhaltung des Organisationsbestandes) oder in der Politik (zwecks Stabilisierung und Ausbau der Anhängerschaft). Die entsprechenden Ausführungen münden in eine Argumentation, warum die Verfolgung einer *Zero-Tolerance*-Politik aktuell vermeintlich mehr politischen Profit einträgt als etwa eine Politik des Community-Policing. Im abschließenden Fazit wird für ein Verständnis von Kriminalität als *policy domain* und die Betrachtung nicht nur der Kriminalität sondern auch der Sicherheitspolitik als soziale Konstruktion plädiert.

Das vorliegende Buch bietet für die im Themenfeld Sicherheitspolitik des urbanen Raumes kriminologisch informierte Leserin wenig wirklich Neues. Die Aufsätze sind vielmehr überwiegend Ausdruck der Rezeption der kritischen Diskussion zu den aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich durch Autorinnen und Autoren, die aus angrenzenden Diskussionszusammenhängen und natürlich auch aus verschiedenen Ländern kommen.

Sehr interessant sind viele der Detailinformationen zur Sicherheitspolitik in den behandelten Städten. Aus meiner Sicht bedauerlich ist der Umstand, dass die Autorinnen und Autoren durchgängig mehr Wert darauf gelegt haben, mit den von ihnen vorgestellten Studien die gängigen kritischen Thesen über den Wandel der Kontrolle (des Urbanen) zu illustrieren und zu untermauern anstatt die durchaus immer wieder festzustellenden Brüche und Widersprüchlichkeiten als Ausgangspunkte dafür zu nutzen, diese Thesen zu hinterfragen und ggf. zu differenzieren.

Werner Lehne, Hamburg